



Antrag A-StudVV02_17032022: Antrag Stellungnahme der Studierendenschaft Tübingen zu Putins Angriffskrieg in der Ukraine

Antragsteller*in:	AK P&Ö		
Status:	angenommen		
Abstimmung	Ja:	(76.271 %)	135
	Nein:	(12.429 %)	22
	Enthaltung:	(11.299 %)	20
	Gültige Stimmen:		177

Wir, die Studentische Vollversammlung vom 17. März 2022, verurteilen den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Um diesem Angriff auf die Demokratie zu begegnen, braucht es Solidarität mit den Betroffenen. Deshalb sprechen wir uns für die Aufnahme von Flüchtenden aus der Ukraine aus, wobei es keine Rolle spielen darf, ob die Personen einen ukrainischen Pass haben.

Hinsichtlich dieser Lage fordern wir Rücksichtnahme und Hilfe für ukrainische Studierende in Tübingen, inklusive Ansprechpersonen für deren Erfahrungen und Beratung bei psychosozialer Belastung. Studierenden aus der Ukraine sollte der Übergang zum Studieren in Tübingen erleichtert werden.

Zugleich sehen wir, dass viele Menschen in und aus Russland nicht hinter Putins Krieg stehen. Den diesen aktuell entgegen gebrachten Rassismus verurteilen wir. Studierende und Wissenschaftler*innen, die wegen ihrer pro-demokratischen Haltung Verfolgung droht, müssen an unserer Universität Zuflucht finden.

Der Krieg wird auch in Form von Propaganda geführt. Missinformation, Angriffe auf Infrastruktur, aber auch Versuche, die geopolitische Lage für eigene Profite auszunutzen (z.B. durch Gas- und Öl-Konzerne), müssen wir als mündige Bürger*innen entgegen treten.

Gemeinsam mit allen Studierenden fordern wir: Nie wieder Krieg in Europa und auf der Welt!

Begründung

Im Sinne der Demokratie ist hinsichtlich des Angriffskriegs von Putin keine Neutralität möglich. Lasst uns die Herausforderungen der Demokratie gemeinsam angehen und die Solidarität in Tübingen stärken.